

Bürgermeisteramt

Stadt Freiburg im Breisgau - Bürgermeisteramt Dezernat IV
Postfach, D-79095 Freiburg

1. - per E-Mail als pdf-Datei -

bergsab@web.de

Frau

Sabine Berger

Kunzenweg 24

79117 Freiburg i. Br.

Dezernat IV

Adresse: Fahnenbergplatz 4
D-79098 Freiburg i. Br.
Telefon: 0761 / 201 - 5015
Telefax: 0761 / 201 - 5099
Internet: www.freiburg.de
E-Mail*:

Ihr Zeichen/Schreiben vom

Unser Aktenzeichen

Ihnen schreibt

Freiburg, den
21.09.2017

Katastrophenschutzplanung KKW Fessenheim

Sehr geehrte Frau Berger,

Ihre E-Mail vom 03.09.2017 habe ich zur Beantwortung erhalten. Darin nehmen Sie Bezug auf Ihre vormalige E-Mail an verschiedene städtische Dienststellen sowie Fraktionen des Gemeinderates vom 05.07.2017 und bieten den betroffenen Ämtern an, an der von Ihnen gegründeten AG Katastrophenschutz (umbenannt zur AK Nuklearer Notfallschutz) teilzunehmen, um im Bereich der Notfallplanung weiter voranzukommen. Insbesondere weisen Sie auf das neue Strahlenschutzgesetz hin, in dem Ihres Erachtens die aktive Zusammenarbeit von städtischen Behörden mit Bürger_innen verpflichtend vorgeschrieben ist.

Ich möchte nochmals betonen, dass ich Ihre Sorgen und Ängste nachvollziehen kann, da das Thema Atomkraft und insbesondere die Stilllegung des KKW Fessenheim ein sehr wichtiges politisches Anliegen ist. Um eine verbindliche Festlegung für eine Abschaltung und einen Rückbau durch die französische Regierung zu erhalten, wurde - wie bereits in meinem Schreiben vom 12.07.2017 thematisiert - bereits viel unternommen.

Beim Katastrophenschutz und der Katastrophenschutzplanung handelt es sich jedoch um eine öffentliche Aufgabe, die den fachlich zuständigen Katastrophenschutzbehörden obliegt. Das von Ihnen genannte neue Strahlenschutzgesetz beinhaltet jedoch keine Verpflichtung der zuständigen Behörden, an einer privat organisierten Arbeitsgruppe von Bürger_innen mitzuarbeiten. Das Regierungspräsidium ist als fachlich zuständige Katastrophenschutzbehörde für die übergeordnete Planung aller betroffenen Stadt- und Landkreise zuständig. In Ergänzung hierzu wird die Untere Katastrophenschutzbehörde, welche für den Stadtkreis Freiburg beim Amt für Brand- und Katastrophenschutz angesiedelt ist, die Anschlussplanung erstellen. Das Verfahren wird - wie gesetzlich vorgeschrieben und in meinem letzten Schreiben ausgeführt

- umgesetzt. Die Verwaltung konzentriert sich auf die Zu- und Mitarbeit auf der Landesebene, um die dort notwendigen Planungsunterlagen fertigstellen zu können. Die Information an die Bevölkerung wird nach Abschluss der aktualisierten Planungen von den jeweiligen Stellen durchgeführt, siehe z.B. auf der Internetseite www.feuerwehr-freiburg.de/besondere-einsatzplanung.html.

Auch Ihr wiederholter Hinweis auf die Aktivitäten in Aachen ist bei näherer Betrachtung nicht auf die Situation in Freiburg übertragbar, da andere Staaten betroffen und die politischen Einflussmaßnahmen anders gelagert sind. Ich kann Ihnen versichern, dass wir die Entwicklungen im Bundesgebiet im Blick haben und diese in unsere Gespräche mit dem Land bei Bedarf auch einbringen.

Das Regierungspräsidium Freiburg, das Büro von Frau Bürgermeisterin Stuchlik, das Büro des Oberbürgermeisters, das Amt für Brand- und Katastrophenschutz sowie die im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, Fraktionsgemeinschaften und Gruppierung erhalten Nachricht hiervon.

Mit freundlichen Grüßen

2.

Nachricht hiervon - per E-Mail als pdf-Dokument -

- a) den Vorsitzenden der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, Fraktionsgemeinschaften und Gruppierung
- b) den Geschäftsstellen der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen, Fraktionsgemeinschaften und Gruppierung

jeweils mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Anlage

gez. Neideck
Erster Bürgermeister